



### Presseschau vom 29.10.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: Steinmeier gegen Klimkin: Warum Kiew vom Westen kein Geld mehr bekommen wird

Kürzlich sind drei unterschiedliche, jedoch wohl miteinander verbundene Ereignisse passiert: der Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Moskau; der Besuch des ukrainischen Außenministers Pawel Klimkin in Berlin und die Meldung von Naftogas über die Inbetriebnahme des ersten Strangs der Pipeline Turkish Stream 2018.

Wie der Chef des ukrainischen Energieversorgers Naftogas, Andrej Kobolew, vor kurzem mitteilte, soll nach Angaben aus Kiew der erste Strang von Turkish Stream 2018 in Betrieb genommen werden. Damit würde die Ukraine als bisheriges Transitland mindestens eine halbe Milliarde US-Dollar ihres jährlichen Einkommens einbüßen. Dies sei ungefähr ein Viertel oder ein Fünftel der Gesamtsumme in Höhe von etwa zwei bis 2,5 Milliarden US-Dollar, die Kiew immer noch am Transit des russischen Gases in die EU verdient.

Kobolew zeigte sich zudem darüber besorgt, dass die Gesamtverluste der Ukraine bereits eine Milliarde US-Dollar betragen würden, sobald der zweite Strang von Turkish Stream in Betrieb genommen werde, was voraussichtlich Ende 2019 geschehe. Dabei würden die jährlichen Einnahmen auf eine bis 1,5 Milliarden Dollar zurückgehen.

Wie der russische Politikwissenschaftler Rostislaw Ischtschenko anmerkt, erwähnte dabei der Chef der ukrainischen Öl- und Gasholding mit keinem einzigen Wort das Projekt Nord Stream 2, obwohl Kiew gerade darauf die Hauptaufmerksamkeit in den letzten zwei Jahren gelegt habe und das Scheitern dieses Projektes beinahe zu einer nationalen Idee der Ukraine

geworden sei

**dnr-news.com: Turtschinow: Dieses Orchester wird im eroberten Donbass und der Krim spielen**

Das ukrainische Orchester wird angeblich im eroberten Donbass und auf der Krim spielen „wenn die Zeit dafür gekommen ist“. Dies erklärte der Vorsitzende des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine Alexandr Turtschinow.

„Ich bin davon überzeugt, dass dieses hervorragende Orchester (eine andere Beschreibung lässt sich kaum finden) des Staatlichen Transportdienstes im befreiten Lugansk spielen wird, im befreiten Donezk und auf der Krim. Diese Zeit wird kommen“, erklärte Turtschinow während der Einweihung einer Brücke über den Fluss Sewerskij Donez in Rubezhnyj.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1509197306\\_screenshot\\_8.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1509197306_screenshot_8.jpg)

de.sputniknews.com: Poroschenko deutlich auf absteigendem Ast – Sicherheitspolitiker  
Die Lage des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko verschlechtert sich laut dem russischen Verteidigungspolitiker Alexej Puschkow, obwohl US-Vertreter stets über „gute“ Treffen mit ihm berichteten.

„Bereits seit drei Jahren hören wir, dass sich die Führung der USA und ihre Vertreter mit Poroschenko ‚gut‘ treffen. Seine Lage in der Ukraine wird aber immer schlechter und schlechter. Paradox“, schrieb Puschkow, Mitglied des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses im Föderationsrat (russisches Oberhaus), am Samstag auf Twitter. Am Freitag war der Ukraine-Beauftragte des US-Außenministeriums, Kurt Volker, in Kiew eingetroffen, um den Parlamentschef Andrij Parubij, den Präsidenten Poroschenko sowie Abgeordnete der Werchowna Rada (Parlament) zu treffen.

Wie später der Pressedienst des ukrainischen Staatschefs mitteilte, haben Poroschenko und Volker weitere Schritte zur Stärkung der internationalen Präsenz im Donbass sowohl im Rahmen der Anstrengungen im „Normandie-Format“ als auch im Rahmen internationaler Organisationen, vor allem im UN-Sicherheitsrat, koordiniert.

Zudem schrieb Volker in seinem Twitter-Account, dass er ein „gutes Treffen“ mit dem ukrainischen Staatschef durchgeführt habe.

de.sputniknews.com: Verhandlungen mit EU über Nord Stream 2? – Moskau äußert sich klipp und klar

Russland ist laut seinem Botschafter in der EU Wladimir Tschischow nicht gewillt, Verhandlungen mit der EU über das Pipelineprojekt Nord Stream 2 zu führen. „Solche Verhandlungen brauchen wir nicht. Und sie (die EU – Anm. d. Red.) wissen davon. Nord Stream 2 ist eine Unterwasser-Gasleitung, die über neutrale Gewässer verlegt wird. Die EU-Kommission ist ja ein Regler nur auf dem EU-Territorium und hat gar keine exterritorialen Rechte. Das heißt, dass jene Zone, über die die Gaspipeline verlaufen wird, nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich liegt“, zitiert die russische Online-Zeitschrift „Expert“ am Samstag den Diplomaten.

Ihm zufolge ist Russland bereit, das Projekt Nord Stream 2 mit allen zu besprechen, darunter „auch mit der EU, der Afrikanischen Union sowie Außerirdischen“, nicht aber, Verhandlungen zu führen. Bei der Pipeline handele sich um ein kommerzielles Projekt, dem keinerlei Regierungsdokumente zugrunde liegen würden.

Dabei betonte Tschischow, dass der Rat der Europäischen Union der EU-Kommission derweil kein Verhandlungsmandat erteilt habe.

„Worüber soll hier mit der EU-Kommission gesprochen werden? Sie will faktisch die Normen ihres Dritten Energiepakets auch auf den am Meeresgrund zu verlegenden Teil der Gasleitung ausweiten, was dem internationalen Seerecht voll und ganz widerspricht“, so Tschischow.

Vor wenigen Monaten hatte die EU-Kommission beschlossen, den Bau des zweiten Stranges der Gaspipeline Nord Stream 2 unter ihre Kontrolle zu bringen. Dabei hatte der Präsident der Behörde, Jean-Claude Juncker, am 20. Oktober gesagt, dass es in der EU keine einstimmige Unterstützung für die Gewährung des Verhandlungsmandats an die EU-Kommission gebe. Zuvor hatte die EU-Kommission den Antrag auf ein Mandat für Verhandlungen mit Russland über die Grundprinzipien des Nord-Stream-2-Projektes an den Rat der Europäischen Union gerichtet.

Das Bauprojekt Nord Stream 2, das 2018 in Angriff genommen werden soll, sieht die Verlegung von zwei Strängen mit einer Jahreskapazität von insgesamt 55 Milliarden Kubikmeter vor. Die Pipeline, die Erdgas von Russland über die Ostsee nach Deutschland transportieren wird, soll nahe der bereits bestehenden Pipeline Nord Stream verlegt werden

## **vormittags:**

wpered.su: Gratulation der Makejewker Stadtorganisation des Leninschen Komsomol der DVR im Zusammenhang mit dem 99. Jahrestag des Gesamtsowjetsichen Leninschen Kommunistischen Jugendverbands

Liebe Genossen!

Das Makejewker Stadtkomitee des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands der Donezker Volksrepublik gratuliert sowohl den Veteranen als auch den derzeitigen Mitgliedern zum 99. Jahrestag des Komsomol. Wir wünschen euch Gesundheit, Wohlergehen und Seelenkraft!

Der Komsomol hat während seines Bestehens neue Arbeitsformen eingeführt, wie Subbotniks, Wehrsportabzeichen, Komsomoljugendkollektive, studentische Baueinheiten, Jugendfahrten, Jugendwohnkooperativen, die Timurbewegung und anderes, was dann in das Alltagsleben der sowjetischen Einwohner und die Gegenwart übergang.

Heute stehen wir an der Schwelle neuer Ereignisse. Die Jugend erwarten neue Taten, die in der Lage sind, die Sache des Großen Oktobers, die Sache Lenins und Stalins fortzusetzen.

Gerade die Jugend muss unser Land groß und besser machen!

Unsere kameradschaftlichen Grüße und Glückwünsche zum 99. Jahrestag des Komsomol und zum baldigen 100. Jahrestag des Großen Oktobers sendet die Makejewker Stadtorganisation

des Leninschen Komsomol der DVR auch in die Lugansker Volksrepublik, nach Russland, Weißrussland, die Ukraine, Kasachstan, Deutschland, Italien, Spanien, Tschechien, die Schweiz, Kolumbien, Mexiko – an alle, mit denen uns Freundschaft, ein gemeinsames Ziel in der Sache des Aufbaus des Sozialismus und einer gerechten Gesellschaft der Werktätigen verbinden.

Zum Feiertag, Genossen!

Der erste Sekretär des Makejewker Stadtkomitees der Leninschen Komsomol der DVR Anton Sajenko

de.sputniknews.com: Stoltenberg: Länder der Nato in Reichweite von Kims Raketen „zu Gegenschlag bereit“

Laut dem Generalsekretär der Nato, Jens Stoltenberg, liegen Länder der nordatlantischen Allianz in Reichweite nordkoreanischer Raketenangriffe. Dies teilte er in einem Interview mit der japanischen Zeitung „Yomiuri Shimbun“ mit.

„Wir wissen, dass Europa auch in Reichweite von (nordkoreanischen – Anm. d. Red.)

Raketen liegt. Nato-Länder sind ebenfalls in Gefahr (...). Die Nato verfügt über Möglichkeiten und Entschlossenheit, einen Gegenangriff auszuüben“, sagte er.

Die Allianz unterstütze die Sanktionen gegen Nordkorea, Pjöngjang sollte an den Verhandlungstisch gebracht werden.

Zuvor war berichtet worden, dass Nordkorea Evakuierungsübungen im Rahmen von „Kriegsvorbereitungen“ durchführe.

mil-lnr.info: Operativer Bericht der Volksmiliz der LVR

In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

armiyadnr.su: Operative Information über die Lage

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 33 Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **elf Ortschaften der Republik** mit Artillerie, Mörsern, Schützenpanzewagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Syrische Kämpfer blockieren UN-Hilfskonvoi und fordern „Wegegeld“  
Kämpfer illegaler militanter Gruppen haben einen Konvoi mit UN-Hilfsgütern blockiert und Lebensmittelpakete verlangt, im Austausch für die Freigabe des Weges in Ortschaften östlich von Damaskus. Das teilte der Agentur RIA Novosti eine informierte Quelle in der syrischen Hauptstadt mit.

„Die Kämpfer haben den Konvoi gestoppt und verlangen 5000 Pakete mit Lebensmitteln, haben aber eine Absage bekommen“, so die Quelle.

Der Konvoi fuhr demzufolge in die Ortschaft Yalda, dann nach Babila und Bait Saham in der Provinz Rif bei Damaskus. „Die Kämpfer haben ihre Forderungen vor Yalda gestellt, soviel wir wissen.“

Laut mehreren Angaben konnten am 26. Oktober nur die Autos des syrischen Rothalbmondes den Zielort erreichen. Nach Yalda, Babila und Bait Saham kamen 35 Lastwagen mit 8000 Packungen Essen, 7000 Packungen Mehl und 4000 Packungen Hygienemittel.

Kämpfergruppen östlich von Damaskus beschlagnahmten alle Hilfsgüter, die die Uno am 24. September mit Hilfe des russischen Militärs geliefert hatte, und verbot den freien Verkauf von Mehl und Bedarfsartikeln in den von ihnen kontrollierten Regionen.

Dan-news.info: „Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse beträgt 1274“, teilte der Vertreter der DVR im Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung Ruslan Jakubow mit.

Insgesamt gab es in den letzten 24 Stunden 33 Fälle von Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Truppen.

Weitere Informationen werden noch ermittelt.

Wir fügen hinzu, dass das Gemeinsame Zentrum und das operative Kommando der DVR verschiedene Methoden zur Zählung der von den ukrainischen Streitkräften verwendeten Geschosse verwenden: Vom Gemeinsamen Zentrum werden alle Sorten berücksichtigt, vom Kommando nur die, die mit schweren Waffen abgeschossen werden.

de.sputniknews.com: **Anti-Korruptions-Protest: Poroschenkos Unternehmen blockiert**

Aktivisten der Protestbewegung „Wiswolennja“ (dt. „Befreiung“) haben am Samstagabend die Fabrik des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in der westukrainischen Stadt Winnyzja gesperrt. Sie fordern Poroschenko auf, zwischen Staat und Business zu wählen, hieß es auf der Facebook-Seite der Bewegung.

Einige Teilnehmer der „Befreiung“ protestieren derzeit vor dem Gebäude der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt. Laut den Demonstranten sind sie aus Kiew nach Winnyzja gekommen, um „Willkürherrschaft, Diebstähle und Betrugerei“ zu verhindern. Die Organisatoren der Aktion nennen keine Teilnehmerzahl.

„Der Präsident muss wählen: Entweder beschäftigt er sich mit dem Staat, oder mit seinem Business“, geht aus der Facebook-Seite hervor.

Die Protestler riefen die Ukrainer auf, von Poroschenko hergestellte Waren und Dienstleistungen zu boykottieren und „mit keinem der 104 in seiner Deklaration angegebenen Unternehmen etwas zu tun zu haben“.

In dem vom Portal „Nowoje Wremja“ veröffentlichten Ranking für 2017 landete Poroschenko mit 949 Millionen US-Dollar (807 Millionen Euro) auf dem fünften Platz. Die Top 100 der reichsten Ukrainer führt der ukrainische Stahl- und Kohleunternehmer Rinat Achmetow an, dessen Vermögen auf 6,9 Milliarden US-Dollar (ca. 5,8 Milliarden Euro) geschätzt wird.

Am 17. Oktober hatten Tausende Aktivisten mit Flaggen der nationalistischen Parteien eine Protestaktion vor dem Gebäude des ukrainischen Parlaments gestartet. Die Demonstranten fordern die Aufhebung der Abgeordneten-Immunität, Änderungen des Wahlrechts und die Schaffung eines Anti-Korruptions-Gerichtes



[https://scontent-frx5-1.xx.fbcdn.net/v/t31.0-0/p180x540/22791985\\_532124573803096\\_919364444044586605\\_o.jpg?oh=343c3ff63ddb91daa821bddd225371d&oe=5A70C9DB](https://scontent-frx5-1.xx.fbcdn.net/v/t31.0-0/p180x540/22791985_532124573803096_919364444044586605_o.jpg?oh=343c3ff63ddb91daa821bddd225371d&oe=5A70C9DB)

de.sputniknews.com: Putin telefoniert mit Erdogan: Kreml sagt, worüber  
Russlands Präsident Wladimir Putin hat seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan in einem Telefongespräch zum Tag der Republik der Türkei gratuliert. Dabei wurden mehrere Themen erörtert.

„Wladimir Putin hat Recep Tayyip Erdogan zum nationalen Feiertag der Türkei, dem Tag der Republik am 29. Oktober, gratuliert“, heißt es in der offiziellen Mitteilung auf der Kreml-Webseite.

Die Staatschefs Russlands und der Türkei besprachen dabei unterschiedliche Aspekte der sich entwickelnden bilateralen Zusammenarbeit, darunter die Realisierung der großen gemeinsamen Energie-Projekte.

Im Vorfeld der bevorstehenden Syrien-Gespräche in Astana verwiesen die beiden Präsidenten darauf, dass es wichtig sei, die Bemühungen zur Handhabung der Deeskalationszonen zu vergrößern, gegen den Terrorismus zu kämpfen und den Prozess zur politischen Regelung in Syrien zu fördern.

Das siebte internationale Syrien-Treffen findet am 30. und 31. Oktober in der kasachischen Hauptstadt Astana statt.

**Dan-news.info: Das Arbeits- und Sozialministerium der DVR hat seit 2015 Einwohner mit Behinderungen mit 5400 Rollstühlen, Gehhilfen, Rollatoren u. a. ausgerüstet. Dies teilte die Ministerin Larissa Tolstykina mit.**

**„Seit 2015 wurden aus den Mitteln des republikanischen Haushalts von uns mehr als 2500 Stück technischer Rehabilitationsmittel gekauft. Die Gesamtsumme betrug 18 Mio. Rubel.“**

Mehr als 2000 Menschen mit Behinderung, darunter auch Kinder, haben diese Mittel erhalten. Außerdem arbeitet das Ministerium daran, eine karitative Organisation in dieser Frage heranzuziehen, im genannten Zeitraum hat diese uns 2900 technische Hilfsmittel zur Verfügung gestellt und wir haben damit Menschen mit Behinderung ausgerüstet“, sagte die Ministerin.

Nach den Worten Tolstykinas ist die Bevölkerung mit Rollstühlen, Gehhilfen, Hebegeräten für Wannen und anderem ausgerüstet. Im laufenden Jahres hat das Ministerium mehr als 1600 Stück solcher Hilfsmittel gekauft, darunter 1171 Rollstühle.

de.sputniknews.com: Lambsdorff: Berlin und Kiew glauben nicht an die Rückkehr der Krim Sowohl Deutschland als auch die Ukraine rechnen nicht damit, dass Russland die Krim zurückgeben wird. Dies teilte der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff in einem Interview gegenüber der Zeitung „Die Welt“ mit.

Berlin habe kein Verständnis für die Politik Russlands gegenüber der Ukraine.

„Aber selbst die Regierung in Kiew rechnet nicht damit, dass Moskau die Krim in absehbarer Zeit zurückgeben wird. Wir schätzen das ähnlich ein“, sagte Lambsdorff.

Gleichzeitig rief der Politiker dazu auf, trotz der Situation um die Halbinsel den Dialog „bei Themen von gemeinsamem Interesse“ mit Moskau aufrecht zu erhalten.

Die FDP stehe zu dieser Position, so Lambsdorff...

dnr-news.com: In der Staatsduma kommentierte man die Worte Volkers über mögliche Waffenlieferungen an die Ukraine

Der Stellvertreter des Komiteevorsitzenden für Verteidigung in der Staatsduma Jurij Schwytkin kommentierte die Aussage des US-Sonderbeauftragten (zu Fragen der Ukraine – Anm. d. Übers.) Kurt Volker dazu, dass die US-Behörden die Möglichkeiten von Waffenlieferungen in die Ukraine erwägen.

„Wenn die USA zu einer friedlichen Umsetzung der entsprechenden Prozesse aufrufen, so sollten ihre Handlungen dem auch folgen. Zu unserem großen Bedauern zeigt Amerika heute sowohl mit seinen Worten als auch mit seinen Taten seine aggressive Politik und sein eigentliches Gesicht in Bezug auf den Südosten der Ukraine. Natürlich, sie sind interessiert an einer Eskalation der Spannungen, an dem Versuch, sich der russisch-ukrainischen Grenze zu nähern“, sagte er.

Schwytin merkte ebenfalls an, dass er weitere Provokationen seitens der USA nicht ausschließt.

„Russland ist keine Seite des Konfliktes, jedoch sind wir am Format der „Normannischen Vier“ (als einer der Garantenstaaten – Anm. d. Übers.) beteiligt, aber die Vereinigten Staaten sind es nicht. Mit dem Wissen um ihre Politik der doppelten Standards schließe ich provokative Handlungen sowohl im politischen als auch im militärischen Bereich nicht aus“, schloss Schwytin.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1509266896\\_1507754095.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1509266896_1507754095.jpg)

de.sputniknews.com: **Ukraine: Nationalisten-Bataillon will „Separatisten“ in Katalonien bekämpfen**

„Spanien über alles“: Ukrainische Veteranen des Kampfeinsatzes in der Ostukraine haben eigenen Angaben zufolge ein Bataillon geschaffen, das im Ernstfall die spanische territoriale Integrität beschützen soll.

„Jetzt, wo der Separatismus Spanien bedroht, betrachten wir es als unsere heilige Pflicht, den spanischen Brüdern zu helfen“, teilt ein Sprecher des sogenannten „Allukrainischen Verbands der Veteranen der Anti-Terror-Operation“ in einer Videoerklärung mit, die „an den spanischen König und das Volk“ gerichtet ist.

Es sei bereits ein 300 Mann starkes Bataillon geschaffen worden, das jederzeit einsatzbereit sei.

„Brüder, die Ukrainer stehen euch bei! Spanien über alles!“, betont der Sprecher. Im Hintergrund ist ein Plakat mit dem Konterfei des spanischen Diktators Francisco Franco zu sehen. Franco hatte einst die Sprache und Kultur der Katalanen unterdrückt.

Am Freitag hatte das katalanische Regionalparlament in einer geheimen Abstimmung mehrheitlich für die Unabhängigkeit von Spanien gestimmt. Der spanische Premier Mariano Rajoy nannte die Entscheidung des katalanischen Parlaments ein „Verbrechen“.

Knapp eine Stunde später aktivierte Madrid Artikel 155 der Verfassung, entmachtete damit die katalanische Regionalregierung in Barcelona und stellte Katalonien unter Zwangsverwaltung. Spaniens Premierminister Mariano Rajoy übernahm die Aufgaben des katalanischen Regierungschefs Carles Puigdemont und übertrug diese seiner Stellvertreterin Soraya Sáenz de Santamaría. Der Chef der katalanischen Regionalregierung, Carles Puigdemont, akzeptierte Madrids Entscheidung zur Auflösung des Parlaments der autonomen Region nicht und weigerte sich zurückzutreten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31807/44/318074490.png>

**nachmittags:**

rusvesna.su: **Eilmeldung: Die ukrainische politische Führung verlässt Kiew – Sementschenko**

Einer der Organisatoren des „dritten Maidan“ Semen Sementschenko erklärte, dass die Regierungsvertreter der Ukraine Kiew verlassen.

„Aus Kiew sind voraussichtlich der Premierminister, der Vorsitzende der Obersten Rada und der Vorsitzende des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates abgereist“, sagte er. „Jeder möchte in dieser gefährlichen Zeit außerhalb Kiews oder der Ukraine sein und nicht die Verantwortung tragen für das Ergebnis einer möglichen Auflösung“, ergänzte Sementschenko.

Nach den Worten des ehemaligen Kommandeurs des Bataillons „Donbass“ warten die „Veteranen des Krieges für Unabhängigkeit, die sich in der Vereinigung ‚Zur Befreiung der Ukraine von Oligarchen und Verrätern‘ zusammengeschlossen haben, nicht darauf, dass man sie „plattmacht“.

„Sie handeln. Als Reaktion auf die Blockierung von wichtigen Initiativen zur Säuberung der Regierung und dem Kampf gegen Korruption durch Petr Poroschenko haben die Veteranen den Beginn einer Blockade der Einkünfte des Oberkommandierenden erklärt. Die Rede ist nicht nur von „Roshen“, sondern von mehr als 100 Unternehmen im ganzen Land“, unterstrich der Abgeordnete.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/korabl\\_ukraina\\_krysy\\_begut\\_s\\_korablya.jpg](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/korabl_ukraina_krysy_begut_s_korablya.jpg)

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainischen Streitkräfte ignorieren weiterhin die Verpflichtungen bezüglich des Regimes der Feueinstellung.

In den letzten 24 Stunden ist eine **Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie** festzustellen. **In Richtung Donezk** hat der Gegner Artillerie, Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **zehn Ortschaften** wurden ein Artillerieschuss des Kalibers 122mm, 15 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 50 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

**In Richtung Mariupol** hat der Gegner **Sachanka** mit verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **33 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Ein weiterer Fall, der die Lebensrealität der Soldaten beschreibt, geschah in der 72. mechanisierten Brigade. Beim Verladen, um zum ständigen Stationierungspunkt (Belaja Zerkowj) aufzubrechen, starb unter den Raupenketten eines Schützenpanzers der Unterfeldwebel Sergej Sergejewitsch Belowinzew. Ursache seines Todes war die schlechte Ausbildung seiner Untergebenen in Fragen der Verladung von Technik auf Eisenbahngleisen. Zur gleichen Zeit starb auf dem benachbarten Gleis der Soldat Alexandr Petrowitsch Dejew vor Ort an einem Stromschlag von der Oberleitung.

Selbst von der Front abziehende Truppenteile erleiden weiter Verluste.

Dies ist ein weiteres Anzeichen dafür, dass die Erklärung des Militärstaatsanwalts der Ukraine Matios über **10.000 Opfer unter Nichtkampfbedingungen innerhalb von 3,5 Jahren in der Zone der sogenannten ATO** der Wahrheit nahe kommen. Und das sind faktisch **7 bis 8 Menschen täglich**.

Die ständigen Opfer, die von der Führung der „ATO“ als angeblich durch Kämpfe entstanden

bezeichnet werden, haben einige grundlegende Ursachen: Geraten auf eigene Minensperren, unvorsichtiger Umgang mit Waffen und Munition, interne Konflikte unter Alkohol- oder Drogeneinfluss, Gefechte zwischen Nationalisten und russischsprachigen Soldaten. Solche unerwarteten „wahrheitsgemäßen“ Erklärungen zeugen davon, dass bei den massenhaften nicht kampfbedingten Verlusten nicht vom Übergang der ukrainischen Armee zu NATO-Standards die Rede sein kann, von dem die höchste militärisch-politische Führung der Ukraine spricht. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, dass in den angegebenen zehntausend nicht kampfbedingten Verlusten auch kampfbedingte Verluste in diesen Jahren eines sinnlosen Krieges eingeschlossen sind, um so zu verhindern, dass den Familien der Toten die versprochenen Entschädigungen gezahlt werden müssen und um die Kommandeure aus der Verantwortung zu nehmen.

Dieser Konflikt, dessen Initiator die derzeitige illegitime Regierung der Ukraine ist, hat in 3,5 Jahren in ukrainische Familien nichts anderes als Leid und Elend gebracht. Diejenigen, die „Glück hatten“, wurden von den Kommandeuren als kampfbedingte Verluste erfasst und ihre Verwandten erhielten Kompensation, und wer nicht, wurde einfach nach Haus geschickt, im Sarg oder im Rollstuhl.

Und all dies geht weiter, weil diejenigen, die durch den Krieg Gewinn und Wohlstand erhalten, die Ukraine regieren. Und die Soldaten sind für sie nur Verbrauchsmaterial.

#### de.sputniknews.com: **Ukraine: Unbekannte verüben Raubüberfall auf Militärbasis in Odessa**

Etwa 40 unbekannte Bewaffnete in Tarnmasken haben am Sonntag versucht, einen Teil eines Militärstützpunktes in der ukrainischen Stadt Odessa einzunehmen. Sie haben Eigentum der Militärbasis entwendet, heißt es in einer Stellungnahme des Kommandos der Ukrainischen Luftwaffe.

Nach Angaben ukrainischer Militärs ereignete sich der Vorfall am Sonntag um 08:45 Uhr Ortszeit.

„Unbekannte Personen, etwa 40 Leute in Tarnmasken, haben einen Versuch zur Besetzung eines Teils des Territoriums eines Militärobjektes unternommen, das sich im Besitz des Verteidigungsministeriums der Ukraine befindet“, heißt es in einer Mitteilung der Behörde. Die Angreifer hätten dabei Kontakt mit Augenzeugen gehabt und sich als Vertreter des Einkaufs- und Unterhaltungszentrums Citi Center ausgegeben.

Anschließend hätten sie einen Teil der Umzäunung des Militärstützpunktes demontiert und militärisches Eigentum in unbekanntem Wert in eine unbekannte Richtung weggebracht, meldet das Kommando auf seinem Facebook-Account.

Die Militärpolizei und die Militärstaatsanwaltschaft haben mit Unterstützung des Kommandos „Süd“ der ukrainischen Luftstreitkräfte zu diesem Fall Ermittlungen eingeleitet.

<iframe width="854" height="510" src="https://www.youtube.com/embed/g8suDBJDVCw" frameborder="0" gesture="media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/g8suDBJDVCw>

#### rusvesna.su: **Auf dem Maidan wurde eine „ATO“ gegen den blutigen Oligarchen Poroschenko angekündigt**

Die „Veteranen der ATO“ erklärten dem Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko den Krieg. Dies sagte ein Kämpfer des „Rechten Sektors“ im Codenamen „Siwyj“ auf der Versammlung vor der Obersten Rada.

„Wir beginnen eine ATO gegen Poroschenko und die gesamte, nicht ukrainische Regierung! Erstens: Wir blockieren das Business des blutigen Oligarchen von Transkarpatien bis zum Donbass. Es gibt keine Roshen-Produkte und kein Geschäft Poroschenkos mehr. Zweitens: Wir werden das Vermögen eines jeden Abgeordneten und Beamten aufspüren. Wenn es das

Business illegal ist, wird es verbrannt, wenn es legal ist, wird es blockiert“, sagte er. „Abgeordnete, Beamte, Präsidenten, Advokaten, die Paschinskis und die ganzen Dreckskerle werden ihre verfassungsgemäßen Verpflichtungen erfüllen und dabei gibt es kein Business! Das versprechen wir euch, ihr Scheusale! Wir beginnen eine ATO!“, fasste er zusammen.

[Ukrinform.ua: Mehrere hundert Menschen kamen zur Versammlung Saakaschwilis vor der Rada](#)

Auf der sogenannten allgemeinnationalen Versammlung, das am 29. Oktober in der Nähe des Gebäudes der Obersten Rada vom Führer der Bewegung „Bewegung der neuen Kräfte“ Micheil Saakaschwili organisiert worden war, nahmen einige hundert Bürger teil.

Dies berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Nach Angaben der Kommunikationsabteilung der Polizei Kiews haben sich in der Nähe der Obersten Rada der Ukraine etwa 400 Menschen versammelt, deshalb hat die Polizei ihre Patrouillen verstärkt bis zum Ende der Veranstaltung. Für Ordnung in der Zeltstadt sorgen etwa 700 Polizisten und Soldaten der Nationalgarde der Ukraine.

Am Nachmittag traten die Führer der „Bewegung neuer Kräfte“, unter ihnen auch Saakaschwili, mit Reden auf. Ihre Position erklärten auch einige der jetzigen Abgeordneten der Ukraine, die den Ex-Präsidenten Georgiens unterstützen, den Anwesenden.

Dann hörten die Teilnehmer der Protestaktion Reden von Bürgern verschiedener Regionen der Ukraine. Auf der Bühne wurden auch Gedichte vorgetragen, die Kritik an die Adresse der jetzigen ukrainischen Regierung beinhalteten und die Unterstützung für Saakaschwili ausdrückten.

Selbst der Regen konnte die Teilnehmer der Aktion nicht zerstreuen. Die Demonstranten schützten sich mit Regenschirmen oder Kapuzen und hörten weiter zu.

Erst nach der Beendigung aller Reden und Auftritte begannen die Menschen auseinander- und in die Zeltstadt zu gehen.

Im Moment hört man von der Bühne Lieder ukrainischer Künstler. Die Bürger gehen in die Zeltstadt. Insgesamt ist die Situation auf dem Gruschewskij-Boulevard ruhig...

[Lug-info.com: Mitteilungen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko](#)

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **das erste Mal seit dem Beginn des „Schulwaffenstillstands“ die Friedensvereinbarungen und die übernommenen Verpflichtungen eingehalten.** Das Feuer auf das Territorium der Republik wurde nicht eröffnet.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung.**

Die Volksmiliz der LVR begrüßt die Entscheidung des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte vor Ort, die verbrecherischen Befehle Kiews nicht auszuführen und hofft, dass bald Frieden einkehrt und kein Blut mehr vergossen wird.

[de.sputniknews.com: IS-Kämpfer fliehen aus Irak nach Syrien – Medien](#)

Kämpfer der Terrormiliz Islamischer Staat (auch Daesh / IS) verlassen ungeordnet die irakische Stadt Al Qaim an der syrischen Grenze und fliehen auf das syrische Territorium, berichtet am Sonntag der Fernsehsender Al Hadath unter Berufung auf Quellen in der irakischen Aufklärung.

Demzufolge hat der Rückzug nach der Vernichtung der meisten IS-Kommandeure durch die Schläge der irakischen Luftstreitkräfte während des IS-Anmarsches auf Al Qaim begonnen. Innerhalb der drei Tage, die die Operation bei Al Qaim gedauert habe, seien nicht weniger als 75 Islamisten vernichtet worden.

In dieser Woche startete die irakische Armee eine Operation zur Befreiung der Städte Al Qaim und Rawa. Zuvor hatten die syrischen Regierungstruppen den „kampffähigsten“ IS-Verband in Syrien zerschlagen: So bezeichnete das russische Verteidigungsministerium die Vernichtung einer 800-köpfigen IS-Gruppe. Die syrischen Truppen rücken zur Stadt Abu Kamal an der Grenze zum Irak vor. Al Qaim und Abu Kamal sollen die letzten IS-Hochburgen im Irak und in Syrien sein.

Dan-news.info: „Heute gegen 11:30 wurde unsere Ortschaft von den ukrainischen Positionen aus beschossen. Ein Geschoss aus einem Granatwerfer vom Typ SPG-9 detonierte 15 Meter vom Schulgebäude. In der Folge wurden zwei Fenster durch Splitter beschädigt. Zum Glück gibt es keine Verletzten“, teilte der Leiter der Ortsverwaltung von **Alexandrowka** Konstantin Tschalyj mit.

Alexandrowka liegt in der Nähe der Frontlinie am südöstlichen Rand der Hauptstadt der DVR. Bis zu den nächsten Positionen der ukrainischen Streitkräfte sind es dort nur einige hundert Meter. Während des Konflikts wurden in Alexandrowka etwa ein Drittel aller Gebäude beschädigt oder zerstört.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by\\_text/public/aleksandrovka\\_shkola\\_razrusheniya\\_1.jpg](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/aleksandrovka_shkola_razrusheniya_1.jpg)

de.sputniknews.com: Werbeverbot für Sputnik und RT auf Twitter: Chefredakteurin warnt vor Antwortreaktion

Nach dem Werbeverbot für den Fernsehsender RT und die Nachrichtenagentur Sputnik in Twitter muss Russland laut Sputnik- und RT-Chefin Margarita Simonjan spiegelgleiche Maßnahmen treffen.

Im russischen Fernsehsender NTV erinnerte Simonjan an die Äußerungen des Präsidenten Russlands Wladimir Putin und des russischen Außenamtes, dass Russland auf alle

Maßnahmen eine spiegelgleiche Antwort geben würde.

„Das heißt, dass die Möglichkeiten für die Arbeit amerikanischer Medien in Russland beschränkt werden“, sagte die Sputnik-Chefredakteurin.

Sie versprach, dass Sputnik und RT in den USA weiterarbeiten werden, solange dies möglich sei. Ihr zufolge haben die Mitarbeiter des Fernsehsenders und der Nachrichtenagentur nicht die Absicht, aufzugeben.

„Wir arbeiten weiter und hoffen, dass dieser Wahnsinn, der sich nach den Wahlen (den jüngsten Präsidentschaftswahlen in den USA – Anm. d. Red.) entwickelt hat und der bisher anhält, zu Ende kommt“.

Simonjan erwähnte die Klagen des US-Präsidenten Donald Trump darüber, dass seine eigenen Sicherheitsdienste den Inhalt geheimer Verhandlungen schon eine Stunde nach deren Abschluss an Medien übergeben. Laut der Sputnik-Chefin kann man den Präsidenten des Landes, das er „schlecht kontrolliert“, nur bemitleiden.

Das US-Unternehmen hatte am 26. Oktober RT und Sputnik verboten, auf dem Kurznachrichtendienst zu werben. Wie es hieß, fußt die Entscheidung auf dem Vorwurf einer „russischen Einflussnahme“ auf die US-Präsidentschaftswahl von 2016, den Hillary Clinton nach ihrer Wahlniederlage erhoben hatte. Russland weist den Vorwurf zurück.

Das russische Außenministerium verurteilte die Entscheidung von Twitter als einen „aggressiven Schritt“ hin zu einer Blockade der russischen Medien. Margarita Simonjan beschuldigte am Freitag das Unternehmen, sich von amerikanischen Geheimdiensten leiten zu lassen. Ihr zufolge hat das Sozialnetzwerk Sputnik und RT selbst vorgeschlagen, eine Werbekampagne genau während der US-Wahlen zu starten.

Laut dem Kreml ist Twitter ein Opfer tiefer Vorurteile in Bezug auf russische Medien geworden.

Dan-news.info: Die Griechen der DVR haben heute in der Hauptstadt einen Feiertag Griechenlands und Zypern gefeiert, den Tag des „Ochi“. Die Feierlichkeiten fanden heute im Donezker elektrometallurgischen Technikum statt.

Die Feier wurde von der städtischen Gemeinschaft der Griechen, die nach Fjodor Stambuldshi benannt ist, mit Unterstützung des Kulturministeriums der DVR organisiert. „Das griechische Wort „ochi“ bedeutet Nein. Mit diesem entschiedenen „Nein“ hat Griechenland 1940 auf das Ultimatum Mussolinis geantwortet und sich geweigert, dessen Truppen auf dem Balkan passieren zu lassen. Der Tag, als Griechenland dem Faschismus „Nein“ sagte, wird bis heute begangen. Gemeinsam mit ihrer ethnischen Heimat begehen auch die Griechen der DVR diesen Tag“, sagte die Vertreterin der städtischen Gemeinschaft der Griechen Jelena Prodan.

Das Fest begann mit einem nationalen griechischen Tanz – Chajtarma, den alle Versammelten tanzten. Danach fand in der Aula ein Festkonzert statt. Auf der Bühne traten die besten Künstlerkollektive der griechischen Gemeinschaft auf, u. a. „Panair, „Terpsichora“ und andere. Außerdem gab es eine Vortrag über die Geschichte des Tages und ein Quiz.

„Heute leben in unserer Republik Vertreter von mehr als 100 Völkern und Nationalitäten. Darunter sind Armenier, Aserbajdschaner, Weißrussen, Polen und viele andere. In der DVR sind bereits mehr als 50 national-kulturelle Vereinigungen registriert. Sie tun alles, um ihre Traditionen, ihre Sprache, ihre Kultur zu erhalten und wir unterstützen sie dabei“, sagte der Leiter der Abteilung für Angelegenheiten von Religionen und Nationalitäten des Kulturministeriums der DVR Sergej Gawrisch.

Das Fest endete mit einem Workshop in griechischem Tanz und mit einem Teetrinken. Insgesamt kamen mehr als 200 Vertreter griechischer Gemeinschaften aus der gesamten Republik.

Ukrinform.ua: Klimpusch-Zinzadze ruft die Uno dazu auf, die Resolution zu den Menschenrechten auf der Krim zu unterstützen

Die Vize-Premierministerin für Fragen der europäischen und euroatlantischen Integration der Ukraine Iwanna Klimpusch-Zinzadze bittet die Uno, die Resolution „Die Situation der Menschenrechte in der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“ zu unterstützen., die die Ukraine in nächster Zeit im dritten Ausschuss der Uno vorlegen wird. Dies berichtet das Portal Urjadowy.

„Wir bitten um die Unterstützung dieses Dokuments. Wir rufen die Weltgemeinschaft auf, konsequent auf die zynische Verletzung der Menschenrechte auf der Krim zu reagieren und den politischen und diplomatischen Druck auf den Kreml zu verstärken mit dem Ziel der Rückkehr des Aggressor-Staates zur Achtung der Bestimmungen des internationalen Rechts“, sagte Klimpusch-Zinzadze während einer Veranstaltung, die den Menschenrechten auf der Krim gewidmet war und in den Räumen der Uno in New York (USA) stattfand.

Die Vize-Premierministerin drückte ihre Hoffnung aus, dass die Veranstaltung die Möglichkeit bietet, weitere Unterstützer dieser Resolution zu gewinnen, und stellte fest, dass die Abstimmung über seine Annahme in der Zeit zwischen Mitte und Ende November erwartet wird...

de.sputniknews.com: Al-Nusra produziert und lagert chemische Waffen in Idlib – SANA Die Terrormiliz „Dschebhat an-Nusra“ lagert ihre Bestände an chemischen Waffen in der nordsyrischen Provinz Idlib. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Sana unter Verweis auf ihre Quellen vor Ort.

„Die Terrorgruppe Dschebhat an-Nusra, Ableger von „Al-Qaida“ in Syrien, verfügt über einige Giftstofflager in der Provinz Idlib, (...) lagert Geschosse mit Giftstoffen in den Siedlungen Maarrat Misrin und Gazlya“, teilten die Quellen mit.

Maarat Misrin liegt neun Kilometer nördlich der Stadt Idlib.

Den Quellen zufolge stellen an-Nusra-Kämpfer in Maarrat Misrin selbstgemachte Raketen mit Giftstoff-Geschossen und einer Reichweite von 15 Kilometern her. Ein Teil der eingesetzten Giftstoffen werde in den USA produziert, hieß es.

Die Terroristen könnten also Giftgasangriffe auf Zivilisten vorbereiten, die dann der syrischen Armee in die Schuhe geschoben werden könnten, so die Quellen.

Am 19. Oktober hatte das US-Außenministerium offiziell anerkannt, dass die Al-Nusra-Kämpfer chemische Waffen in Syrien einsetzen.

Am Donnerstag hatte der gemeinsame Mechanismus der Uno und der OPCW einen Bericht zu angeblichen Giftgasattacken in Syrien vorgelegt. Die US-Botschafterin bei der Uno, Nikki Haley, hatte die syrische Führung erneut des Einsatzes des Giftgases Sarin in der Stadt Chan Scheihun beschuldigt. Der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) warf sie vor, in der syrischen Stadt Um Hosh im September 2016 Senfgas eingesetzt zu haben.

Syrien hat die Ergebnisse des Berichtes offiziell zurückgewiesen. Das russische Außenministerium kritisierte den Bericht und versprach, eine ausführlichere Analyse in der nächsten Woche vorzulegen.

Gefunden auf der Vk-Seite des Sojus Kommunistow Luganschtschiny (KP der LVR): Heute, am 99. Jahrestag der Gründung des Komsomol, haben Aktivisten der Lugansker Stadtorganisation des Komsomol das Andenken von Nadeshada Fesenko geehrt, die in den Jahren der Besetzung der Stadt im Untergrund Sekretärin des Oblastkomitees des Komosomol von Woroschilowgrad war, an der Partisanenbewegung teilnahm und im Oktober 1942 von Faschisten gefoltert und ermordet wurde. Vor den Versammelten sprach der erste Sekretär des Stadtkomitees des Komsomol von Lugansk Stanislaw Roshnow.



<https://pp.userapi.com/c639128/v639128722/59aeb/4NhlwaC5LPM.jpg>

**abends:**

Dan-news.info: „Die ukrainischen Truppen beschießen seit 15 Uhr die Positionen der Streitkräfte der DVR und die Umgebung von **Jakowlewka** und **Jasinowataja** unter Verwendung von 120mm- und 82mm-Mörsern. Bis jetzt wurde die Verwendung von etwa 45 verbotenen Geschossen festgestellt“, teilte das operative Kommando der DVR mit. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Lug-info.com: Die unter äußere Leitung gestellte GmbH „Lugansker Telefonunternehmen“ wird bei den Kunden keine Schulden für Dienstleistungen von „Ukrtelekom“ eintreiben. Dies teilte der stellvertretende Kommunikationsminister der LVR Andrej Jeremenko mit.

„Das Lugansker Telefonunternehmen haben wir unter äußere Leitung gestellt, d.h. es gibt neue Verträge, neue Abrechnungen. Die alten Abrechnungen werden nicht übernommen. Das Lugansker Telefonunternehmen ist jetzt ein neuen Unternehmen, die alten Rechnungen sind, grob gesagt, annulliert“, sagte er.

Zuvor hatte der Kommunikationsminister Michail Surshenko mitgeteilt, dass „Ukrtelekom“ erklärt hat, dass es seine Tätigkeit in der Republik am 7. April einstellt. In operativer Weise wurden die Festnetznummern zunächst auf den republikanischen Mobilfunkoperator „Lugakom“ umgestellt. Am 13. April wurde mitgeteilt, dass die Spezialisten die Dienstleistungen des Festnetzes und des Internets für die Kunden von Ukrtelekom wiederhergestellt hatten und diese Dienstleitungen jetzt von dem unter äußere Leitung gestellte „Lugansker Telefonunternehmen“ übernommen wurden. Die Gebühren konnten dadurch gesenkt werden.